

Programm zur Kommunalwahl 2026

Frankfurt zur Chancenstadt machen.

Politikwechsel jetzt!

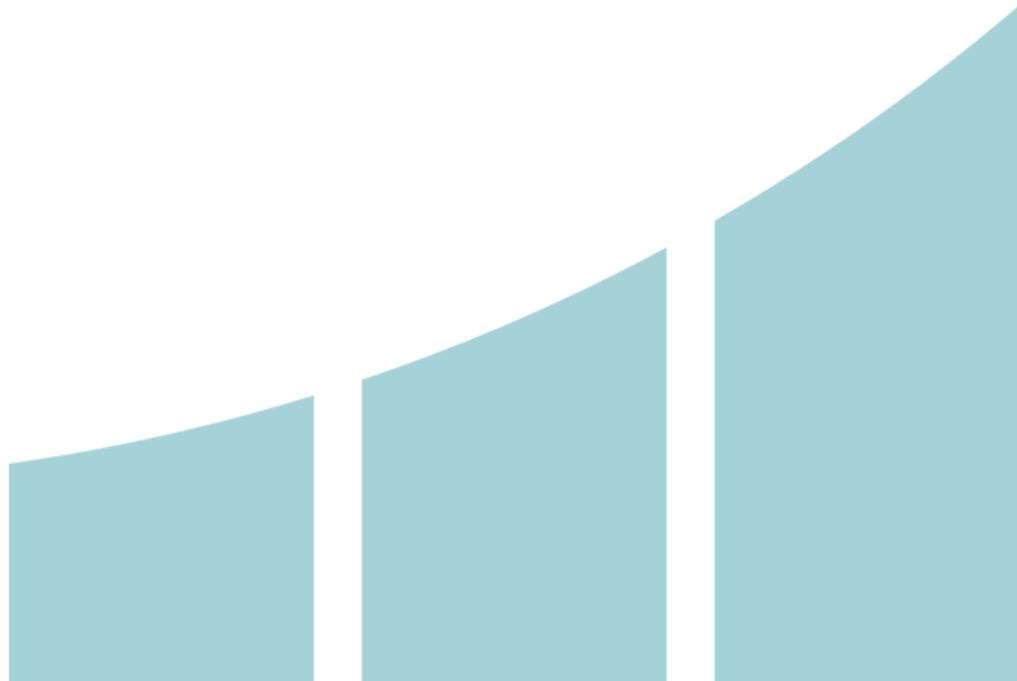


Programm zur Kommunalwahl am 15. März 2026

Beschlossen auf dem Kreisparteitag der CDU Frankfurt am Main am 28. Juni 2025

Frankfurt zur Chancenstadt machen.

Vorwort.....	1
1. Sicherheit & Sauberkeit.....	2
2. Bildung & Wissenschaft.....	4
3. Verkehr & Logistik.....	6
4. Planung, Wohnen & Städtebau.....	8
5. Soziales & Gesundheit.....	11
6. Wirtschaft & Digitalisierung.....	13
7. Klimaschutz & Umwelt.....	16
8. Bürger, Ehrenamt & Vereine.....	18
9. Kultur & Sport.....	19
10. Diversität, Integration & Gleichstellung.....	22
11. Finanzen & Controlling.....	23



Vorwort

Am 15. März 2026 entscheiden die Frankfurterinnen und Frankfurter über den Kurs, den unsere Stadt in den kommenden fünf Jahren einschlagen wird. Frankfurt steht vor großen Herausforderungen – aber vor allem vor großen Chancen!

Als CDU wollen wir Frankfurt zur Chancenstadt machen: Eine Stadt, in der alle Menschen ihr Leben frei gestalten können. Eine Stadt, die Leistung anerkennt und fördert. Eine Stadt, die man mit Stolz seine Heimat nennt. Eine Stadt, die funktioniert. Dafür braucht es eine kluge Politik, die auf Verlässlichkeit, sozialen Ausgleich und echten Fortschritt setzt. Gerade dies ist in der Stadtpolitik der vergangenen Jahre zu kurz gekommen. Wir wollen es besser machen und den Politikwechsel für Frankfurt einläuten!

Bezahlbarer Wohnraum, funktionierende Mobilität, saubere öffentliche Plätze, gute Bildung, Sicherheit im Alltag und klare Regeln für ein vernünftiges Miteinander – das sind die zentralen Aufgaben, die wir mit Verantwortung und Entschlossenheit anpacken wollen. Wir wollen Frankfurt zu einem gesunden Wachstum von Stadt und Wirtschaft zurückführen.

Über anstehende Projekte darf dabei nicht endlos diskutiert werden. Aktuelle Problemlagen wie das Bahnhofsviertel oder die Zeil erfordern zügige Entscheidungen und konkrete Maßnahmen. Nur sichtbare Veränderungen signalisieren den Menschen, dass eine Stadt handelt. Das schrumpfende oder wachsende Vertrauen in eine funktionierende Demokratie macht sich gerade hieran fest.

Als Volkspartei der Mitte spielen wir keine Bevölkerungsgruppen gegeneinander aus – wir nehmen alle mit! Unser Programm verfolgt daher einen ganzheitlichen Ansatz: Die Stadtbevölkerung wird vereint und der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert durch Lösungen, die möglichst alle Stadtbewohner im Blick haben. Dennoch sehen wir die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen Generationen, vom Freiraum der Kinder bis zur Teilhabe der Senioren. Hierauf gehen wir bei unseren sozialpolitischen Forderungen ein. Darüber hinaus haben wir bewusst darauf verzichtet, unser Programm nach gesellschaftlichen Gruppen zu strukturieren. Die notwendigen Förderungen benennen wir gleichwohl unter dem Titel „Diversität, Integration & Gleichstellung“.

Frankfurt kann mehr als Status quo. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir die richtigen Prioritäten setzen und unsere Stadt fit für die Zukunft machen. Darum geht es am 15. März 2026. Frankfurt hat den Politikwechsel verdient!

1. Sicherheit & Sauberkeit

Frankfurt muss für alle Menschen sicher sein. Dabei brauchen besonders gefährdete Gruppen besonderen Schutz. Gleichzeitig wollen wir für die Zukunft und mögliche Krisen vorsorgen und uns für den Ernstfall wappnen. Weil Sicherheit zudem eng mit dem Thema Sauberkeit verbunden ist, soll dieses Thema zukünftig klare Priorität bekommen. Bereiche, die durch Kriminalität und Verschmutzung Menschen abschrecken, sind nicht hinnehmbar.

Daher wollen wir

- bei der Stadtpolizei 75 neue Stellen schaffen und die Kräfte dort einsetzen, wo sie gebraucht werden.
- Videoüberwachung an Brennpunkten ausbauen, z.B. in Alt-Sachsenhausen und im Bahnhofsbereich Höchst.
- Bodycams zur Erhöhung der Sicherheit für Stadtpolizei und Bürger einsetzen.
- künstliche Intelligenz zur effizienteren Einsatzplanung nutzen.
- mobile Polizeiwachen ebenso wie die „Schutzleute vor Ort“ von der Landespolizei als sichtbaren und nahen Anker der Sicherheit in unserer Stadt unterstützen.
- die Stadtpolizei und die Städtische Verkehrspolizei zusammenlegen, nach dem Prinzip "Sicherheit aus einer Hand".
- waffenfreie Räume in der Realität stärker durchsetzen, z.B. durch Kontrollen des Messerverbots in den öffentlichen Verkehrsmitteln.
- den Konsum von Alkohol in öffentlichen Verkehrsmitteln untersagen.
- die Zusammenarbeit von Polizei, Verkehrsbetrieben und sozialen Akteuren fördern, damit Brennpunkte sicher werden.
- Drogendealer durch Aufenthaltsverbote im Bahnhofsviertel und in anderen betroffenen Stadtbereichen konsequent unter Druck setzen, um die offene Drogenszene wirksam zu bekämpfen.
- den 7-Punkte-Plan der Hessischen Landesregierung für das Bahnhofsviertel als Stadt unterstützen und gemeinsam mit dem Land umsetzen (mehr Härte und Repression gegen Kriminelle, mehr Hilfsangebote für Süchtige).
- die erfolgreiche Arbeit des Koordinierungsbüros Bahnhofsviertel verstetigen und dauerhaft sichern.
- das Betteln und das verstärkte Auftreten von Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum reduzieren – mit einem Fokus auf Hilfe, Prävention und Unterbringung.
- bestehende Angsträume durch mehr Beleuchtung, Zurückschneiden von Bäumen und Pflanzen sowie bauliche Anpassungen entschärfen und das Entstehen neuer Angsträume schon bei der Stadtplanung verhindern.
- ein Notfallmanagement für Krisen als verlässlichen Schutzschild etablieren.
- schnell ein stadtweites Sirennennetz installieren, um die Bevölkerung im Ernstfall warnen zu können.

- die Feuerwehr ebenso modern wie hochwertig ausstatten und unterbringen sowie personell leistungsfähig aufstellen.
- neue Feuerwachen bei der Ausweisung von Wohngebieten von Anfang an mitdenken und dabei auch Mitarbeiterwohnungen für die Feuerwehrleute einplanen.
- die systematische Reinigung und Pflege des öffentlichen Raums als wesentliches Mittel zur Bekämpfung von Vermüllung und Kriminalität begreifen.
- das Konzept "Sauberkeit aus einer Hand" entschlossen umsetzen.
- nach dem Prinzip „Augen auf – Müll weg“ das vorhandene Knowhow der FES mit digitalen Meldesystemen für Müll nutzen und zügige Beseitigung veranlassen.
- eine schnelle Eingreiftruppe "Sauberkeit" einrichten, die als Einheit der Stadtpolizei ausschließlich für Kleinabfälle und illegalen Sperrmüll zuständig ist.
- illegale Sperrmüllablagerungen grundsätzlich innerhalb von 48 Stunden nach Meldung beseitigen lassen.
- die Bußgelder für Müllsünder erhöhen und konsequent durchsetzen: 100 € für Kleinabfälle, 500 € für den ersten Kubikmeter illegalen Sperrmüll, jeder weitere angefangene Kubikmeter 100 €.
- einen jährlichen "Frühjahrsputz" in den Zentren der Stadt und der Stadtteile für Gehwege, Einkaufsstraßen etc. organisieren.
- Sauberkeitsbeauftragte für die Stadtbezirke und Parkwächter in Grünanlagen etablieren.
- Parks und Grünanlagen im Sommerhalbjahr am Wochenende und nach Feiertagen täglich kontrollieren und reinigen lassen.
- Taubenplagen, die Ausbreitung der Nilgänse sowie die massiven Rabenkrähen-Invasionen in den Wintermonaten durch geeignete Maßnahmen regulieren.
- illegale Graffiti an öffentlichen Gebäuden schnell entfernen und legale Flächen für Street Art ausweisen; die Präventionsarbeit mit lokalen Akteuren soll gestärkt werden.

2. Bildung & Wissenschaft

Frankfurt hat ein erhebliches Interesse, Wissen und Fertigkeiten bestmöglich an die folgenden Generationen weiterzugeben. Das gilt nicht zuletzt in Zeiten des Fachkräftemangels. Die Qualität der Ausbildung junger Menschen gehört zu den wichtigsten Maßstäben für eine hochentwickelte Gesellschaft und deren Fortbestand. Hierzu brauchen wir modern ausgestattete und funktionale Einrichtungen, in denen sich Kinder, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende wohlfühlen.

Daher wollen wir

- die Lese- und Sprachförderung an Frankfurter Bildungseinrichtungen gezielt unterstützen, indem wir Lesepartnerschaften unterstützen und geeignete Räume schaffen, die Kinder zur Beschäftigung mit Sprache, Lesen und Kommunikation anregen.
- Sanierungen und Neubauten für Schulen spürbar beschleunigen, indem klare Zeitpläne Transparenz schaffen, Kompetenzen im Schulbau gebündelt und kleinere Aufträge schneller vergeben werden.
- die Instandhaltung v.a. größerer Schulen an externe Facility-Management-Firmen vergeben.
- feste Ansprechpartner für jede Schule sowohl am ABI als auch am Schulamt einrichten, die sich innerhalb eines Arbeitstages zurückmelden.
- eine Instandhaltungs-Taskforce für die marodesten Schulen einrichten und zur Finanzierung auch die Fördervereine sowie interessierte Eltern einladen.
- in jeder Bildungsregion Frankfurts einen dauerhaften Auslagerungsstandort für umfangreiche Schulsanierungen einrichten, um den laufenden Schulbetrieb aufrechterhalten zu können.
- bislang ungenutzte Liegenschaften, die schon angekauft oder angemietet wurden, endlich für die schulische Nutzung bereitstellen.
- leerstehende Schulhausmeisterwohnungen sanieren und als Raum für den Schulbetrieb nutzen.
- den IT-Support an Schulen verbessern durch ein Konzept mit „digitalen Hausmeistern“, die die Wartung und Fehlerbehebung der digitalen Infrastruktur in den Schulen übernehmen.
- das Schulessen nachhaltig verbessern, indem wir die Caterer in die Pflicht nehmen, ein direktes Feedback-System einführen und Standards praxistauglich gestalten.
- ein Angebot der verschiedenen Schulformen gleichmäßig verteilt über die Stadt sicherstellen, um allen Kindern gleiche Chancen zu ermöglichen.
- Förderschulen ausbauen und damit die Wahlfreiheit bei Bildung stärken, etwa durch eine neue Förderschule im Schwerpunkt „Geistige Entwicklung“ sowie die Erweiterung der Panoramaschule.
- Jugendhilfe an allen Schulen fest etablieren: An allen Schulen soll es eine bedarfsgerechte Ausstattung mit Angeboten der Jugendhilfe geben.

- den Hitzeschutz an unseren Schulen und Kitas verbessern, um dem Klimawandel Rechnung zu tragen, dazu gehören vor allem innovative Hitzeschutzkonzepte bei Neubauten und Sanierungen.
- an den Schulen und Kitas die vom Land Hessen definierten, altersgerechten Vorgaben zur Nutzung von Smartphones, Smartwatches und anderen digitalen Geräten konsequent umsetzen und die Schulen dazu mit den ggf. noch erforderlichen Mitteln ausstatten.
- Schwimmunterricht garantieren: Alle Kinder sollen in ihrer Grundschulzeit Schwimmen lernen und dies in den weiterführenden Schulen vertiefen können.
- Betreuungsplätze für Kinder, insbesondere in Grundschulen und Horten, beschleunigt ausbauen, was sowohl Schulsanierungen als auch für die Nachmittagsbetreuung notwendige Erweiterungen umfasst.
- flexiblen Ganztagsangeboten statt verpflichtender Ganztagschule den Vorzug geben, weil nur das echte Wahlfreiheit sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf bedeutet.
- mehr Kitaplätze schaffen, anstatt eine kostenfreie Betreuung für sämtliche Krippenkinder in der ganzen Stadt ab zwei Jahren anzubieten.
- Betreuungsausfälle durch einen „Springerpool“ für städtische Kindertagesstätten mit zusätzlichen Erzieherstellen verhindern, der personelle Engpässe in Kitas abfängt und eine verlässliche Betreuung sicherstellt.
- die Bezeichnung der Stadtelternvertretung in „Stadtelternvertretung Kindertagesstätten“ erweitern und dem Stadtelternbeirat wie der Stadtelternvertretung einen beratenden Sitz im Jugendhilfeausschuss und seinen Unterausschüssen einräumen.
- die Mittel für Supervisions- und Coaching-Termine für die Erzieherinnen und Erzieher bei der Stadt erhöhen.
- die Arbeitsbedingungen für Fachkräfte in Bildung und Betreuung verbessern: mit erleichtertem Zugang zu städtischen Wohnungen, geförderten Betriebswohnungen, einer Frankfurt-Zulage, einem Azubi-Wohnheim für Auszubildende sowie Programmen für Seiteneinsteiger.
- dem Fachkräftemangel in der Betreuung durch Anwerbungen im Ausland begegnen, etwa durch jährliche Kontingente und Projekte, die Menschen mit ausländischen Berufsabschlüssen bzw. Seiteneinsteiger auf die Arbeit vorbereiten.
- freie Träger unterstützen und dazu deren Sach- und Personalpauschalen dynamisieren.
- wie beim schulischen, konfessionellen Religionsunterricht auch im Kitabereich nur Träger und Kooperationspartner zulassen, die eindeutig auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen; daher kommt wie bei Schulen eine Zusammenarbeit mit Organisationen wie DITIB oder An-Nusrat im Kitabereich nicht in Frage.
- die Kindertagespflege weiter fördern, etwa durch eine bessere Mitsprache von Tageseltern im Fachausschuss Kinderbetreuung und im Jugendhilfeausschuss.
- sowohl die Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Frankfurt am Main als auch das Max-Planck-Institut für empirische Ästhetik in Frankfurt halten und diesen wichtigen Institutionen einen angemessenen Standort auf dem Kulturcampus bieten.

- die Entwicklung der Campusmeile durch Vernetzung und Kooperation der Bildungsinstitutionen, z.B. bei der Nutzung des Areals gegenüber der Deutschen Nationalbibliothek, stärker unterstützen.

3. Verkehr & Logistik

Frankfurt wächst stetig, was die Zahl von Einwohnern und Beschäftigten seit Jahren zeigt. Darüber hinaus ist es Deutschlands wichtigster Verkehrsknoten im Straßen-, Schienen-, Wasserstraßen- und Luftverkehr. Um die Mobilität in und um Frankfurt zu gewährleisten und zu verbessern, benötigen wir eine leistungsfähige Infrastruktur. Dabei kommt es darauf an, dass alle Verkehrsmittel gemeinsam, komplementär gedacht zum Tragen kommen und der Stadt in ihrer Mobilitätsfähigkeit behilflich sind.

Daher wollen wir

- unsere Straßen wie Lebensadern der Stadt erhalten und stärken: mit gezielten Sanierungen, kontinuierlichen Investitionen und einer klugen Planung für alle Verkehrsteilnehmer.
- die Hauptverkehrsachsen für den Autoverkehr leistungsfähig halten.
- bei staubehafteten Straßen, auf denen neue Radwege abmarkiert wurden, eine objektive einjährige Messphase für alle Verkehrsarten durchführen und danach ergebnisabhängig Korrekturen vornehmen.
- neue Radwege planen und bauen, die sich sinnvoll in die vorhandene Infrastruktur einfügen, so dass alle – ob Autofahrer, Radfahrer oder Fußgänger – sicher und effizient miteinander unterwegs sind.
- die Verkehrsplanung im Übrigen neu ausrichten: weg von Trassenführungen, hin zu beruhigten funktionalen Stadtstraßen, die Verkehrssicherheit und Lebensqualität gleichermaßen verbessern.
- ein strategisches Gesamtkonzept „Verkehrsinfrastruktur und Mobilität“ für Frankfurt entwickeln.
- die nördliche Mainuferstraße attraktiv gestalten und nicht zulasten anderer Teile der Stadt sperren.
- eine Stabsstelle Fußgängerverkehr einrichten und den Bedürfnissen der Fußgänger grundsätzlich eine höhere Priorität einräumen.
- die konsequente Einhaltung der Verkehrsregeln durchsetzen, unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel und als Grundlage eines funktionierenden und rücksichtsvollen Straßenverkehrs für alle.
- innerhalb eines Jahres den Betrieb von E-Scooter-Lizenzen ausschreiben und so mehr Verantwortung schaffen, um der Masse falsch abgestellter Roller endlich Herr zu werden.

- überflüssige Schilder entfernen und den teilweise bestehenden „Schilderwald“ reduzieren.
- smarte Ampeln, Parkplatzsensoren und E-Tickets in der Stadt als Standard etablieren.
- ein digitales Parkleitsystem einführen, das Autos zielsicher und effizient zu den Parkhäusern leitet und Echtzeitdaten für Online-Kartendienste wie Google Maps bereitstellt.
- Baustellenmanagement besser koordinieren und kommunizieren und so Staus vermeiden.
- die Verkehrswende durch deutlich attraktivere öffentliche Verkehrsmittel fördern.
- Busse und Bahnen beschaffen, die alle mitnehmen – vom Kinderwagen bis zum Rollstuhl.
- jede Haltestelle barrierefrei erreichbar machen, um allen Menschen – egal ob jung oder alt, ob zu Fuß oder mit Hilfsmitteln – den Zugang zur Welt zu öffnen.
- die Sauberkeit von U- bzw. S-Bahn-Stationen sowie Bahnhöfen erhöhen und Schäden sowie nicht funktionierende Aufzüge und Rolltreppen schnell reparieren.
- alle zulässigen Mittel ergreifen, damit der Aufenthalt in Bussen und Bahnen für Fahrgäste keine Zumutung wird.
- durch gezielte Personalgewinnung bei VGF und ICB die Stabilität des RMV-Fahrplans wiederherstellen, der für das tägliche Leben der Menschen zentrale Bedeutung hat.
- das Straßenbahn-Netz erweitern, indem eine Ringstraßenbahn gebaut und die vorhandenen Bahnen in die Nachbarstädte verlängert werden, etwa nach Neu-Isenburg und Offenbach.
- das U-Bahn-Netz erweitern, was insbesondere den Lückenschluss bei der U4, die Verlängerung der U5 ins Europaviertel sowie die Verlängerung der A-Strecke zur Sachsenhäuser Warte mit dem Bau eines P+R-Parkhauses umfasst.
- die Regionaltangente West zügig umsetzen sowie die Regionaltangenten Süd und Ost vorantreiben, um für die Zukunft einen S-Bahn-Ring um Frankfurt zu ermöglichen.
- die Planung und den Bau des Fernbahntunnels in Frankfurt unterstützen.
- die Schienenanbindung des Waldstadions spürbar verbessern, damit bei Großveranstaltungen als absehbarer Spitzenauslastung auch die An- und Abreise für alle Beteiligten gut läuft.
- auf dem Waldparkplatz am Stadion ein Parkhaus bauen und die Isenburger Schneise aufforsten.
- ein Konzept entwickeln, das Taxi- und Mietwagenangebote am Hauptbahnhof optimiert.
- die Lizenzen von Fahrdienstleistern sowohl bei bestehenden als auch bei neuen Anbietern engmaschig kontrollieren.
- Anwohnerparken, Diagonalsperren, Ladezonen und E-Scooter-Zonen nur im Einvernehmen mit dem jeweiligen Ortsbeirat einführen.
- ungenutzte Radbügel an Standorte versetzen, an denen ein tatsächlicher Bedarf besteht.
- den weiteren Abbau von Parkplätzen in den Stadtteilen stoppen.

- innovative Ideen fördern, die gerade in den dicht bebauten Stadtteilen die Parkplatznot der Anwohner mildern könnten, z.B. das Feierabendparken auf Parkplätzen von Supermärkten.
- Fahrradparken in Vorgärten auf wassergebundenen Flächen in die Vorgartensatzung aufnehmen.
- Park-and-Ride-Anlagen bzw. Mobilitätsstationen am Stadtrand bauen, etwa an der A5 bei der Tank- und Rastanlage Taunusblick sowie entlang der S6.
- zusätzliche LKW-Parkplätze entlang der A5 schaffen, um auch so den Verkehr in der City zu entlasten.
- Nahversorgungs- und/oder Zubringerstraßen nicht mehr als fahrradfreundliche Nebenstraßen ausweisen und fallbezogen die temporären Umbaumaßnahmen unter Einbezug von Anwohnern und Gewerbetreibenden kritisch prüfen und ggf. zurückbauen. Als Ersatz sind dann alternative Routen für sicheres Radfahren auszuweisen.
- die Errichtung (unterirdischer) Quartiersgaragen zur Verkehrsberuhigung in Stadtteilen mit hohem Parkdruck prüfen und falls möglich in der nächsten Wahlperiode umsetzen.

4. Planung, Wohnen & Städtebau

Frankfurt soll sich als wirtschaftlich erfolgreiche, klimaneutrale und zugleich diverse Stadt auf der Basis seiner Ressourcen weiterentwickeln. Das gebietet, mit den Flächen bodenschonend umzugehen, Mindernutzungen zu identifizieren und zu beseitigen sowie die Konversion bereits versiegelter Flächen vorrangig anzugehen. Der darbende Wohnungsbau ist zur größten Belastung für die Menschen in unserer Stadt und gerade auch bei der Fachkräftegewinnung geworden.

Daher wollen wir

- ein städtisches Wohngeld für Menschen mit mittlerem Einkommen einführen und ein Sofortprogramm für neue Belegrechte auflegen, um für alle bezahlbaren Wohnraum zu fördern.
- im sozialen Wohnungsbau grundsätzlich von Objekt- auf Subjektförderung umstellen.
- die Zweckentfremdung durch Dauerleerstand bei privaten und städtischen Wohnungen konsequent bekämpfen.
- Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Dächern sowie Aufstockungen vereinfachen und beschleunigen, um das Potenzial von bis zu 15.000 zusätzlichen Wohnungen auszuschöpfen.
- bestehende Bebauungspläne überprüfen und ertüchtigen, um Nachverdichtung zu ermöglichen.
- den Bau von Mitarbeiterwohnungen wiederbeleben und fördern.

- mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende und Auszubildende schaffen, dazu sollen auch städtische oder stiftungsbasierte Förderungen eingesetzt werden.
- Baugebiete für bezahlbare Reihen-, Doppel- und Einfamilienhäuser ausweisen, um für Familien größere Wohnungen zu ermöglichen.
- Wohn- und Genossenschaftseigentum für Familien und Menschen mit mittlerem Einkommen fördern, denn Wohneigentum schützt vor Mieterhöhung und dient der Altersvorsorge.
- den Baulandbeschluss zunächst aussetzen und später mit erfüllbaren Forderungen an die Wirklichkeit anpassen, wenn der Wohnungsbau wieder angesprungen ist.
- energetische Modernisierungen von Bestandsgebäuden erleichtern, was eine Revision der Milieuschutzsatzungen, aber auch einen Ausgleichsfonds der Stadt für soziale Härten umfasst.
- die Freiraumsatzung überarbeiten.
- regulierende Satzungen grundsätzlich befristet und mit Evaluierungspflicht beschließen, um Bürokratie zu begrenzen und Wirksamkeit zu überprüfen.
- die gute und erfolgreiche Arbeit der ABG Frankfurt Holding fortsetzen und absichern, das schließt die Fortschreibung der bisherigen Mietpreisbremse für freifinanzierte Wohnungen (maximal fünf Prozent in fünf Jahren) ein.
- auf geeigneten Dächern der ABG-Gebäude Photovoltaik-Anlagen installieren, deren Stromproduktion den jeweiligen Mietern zu Gute kommt.
- die per Vorkaufsrecht durch die Stadt erworbenen Immobilien zügig wieder in private Hände geben.
- ein Förderprogramm auflegen, das Umzüge in kleinere Wohnungen erleichtert und dabei den bisherigen Quadratmeterpreis sichert, um den vorhandenen Wohnraum den passenden Haushalten besser zuzuordnen.
- Frankfurt organisch weiterentwickeln: Mögliche und geeignete Neubaugebiete sehen wir in den Günthersburghöfen, dem Gutleutviertel West, dem Eschbachtal, dem Ernst-May-Viertel, dem Rebstockareal, dem Gebiet zwischen Europaturm und Markuskrankenhaus sowie dem Frankfurter Nordwesten.
- den Frankfurter Nordwesten mit dem Quartier „Produktives Praunheim“, einem verkleinerten „Lachgrabenquartier“ und ohne die sog. „Neu-Weststadt“ bebauen: So sichern wir die Balance mit ausreichend Grünzügen, Kaltluftentstehungsgebieten und landwirtschaftlichen Flächen.
- bei der überörtlichen Planung Stadtwald, Gärten und Landwirtschaft grundsätzlich erhalten.
- ein einheitliches, langfristiges Gesamtkonzept entwickeln, das Verkehr, soziale Infrastruktur und Wohnraum miteinander verknüpft.
- die Deckung des Bedarfs an Wohnungen und gewerblichen Flächen regional und interkommunal abstimmen und im nachbarschaftlichen Konsens vorantreiben.
- einen unabhängigen Gestaltungsbeirat einführen, der bei herausragenden Projekten den Bauwilligen ebenso wie der Bauaufsicht beratend zur Seite steht und die Öffentlichkeit miteinbezieht.

- für Neubaugebiete Gestaltungssatzungen beschließen.
- wichtige Plätze gezielt gestalten und damit deren Aufenthaltsqualität sowie soziale Kontrolle erhöhen, um das Leben in der Stadt zu fördern und attraktiver zu machen; dazu zählt namentlich die Sanierung und Neugestaltung der Hauptwache.
- ein Nutzungs- und Gestaltungskonzept für Hauptwache, Zeil und Konstablerwache aufstellen: Durch umfassende und nachhaltige Maßnahmen muss die Innenstadt aufgewertet und gestärkt werden, weil es gerade in Zeiten des Onlinehandels auf eine multifunktionale Gestaltung ankommt.
- eine planerische Vision für das Bahnhofsviertel entwickeln.
- Frankfurt schöner machen, d.h. die Stadtmöblierung vereinheitlichen und den öffentlichen Raum entrümpeln; das schließt Container, Absperrungen und Poller ohne Sicherheitsrelevanz mit ein.
- ein bedarfsgerechtes, erweitertes Netz von öffentlichen Toiletten schaffen.
- herausragende historische Liegenschaften schützen, aufwerten und als architektonisches Erbe begreifen.
- die Geschichte der Stadt und der Stadtteile und ihre charakteristischen Konturen in die Stadtplanung besser integrieren, um das kulturelle Erbe zu bewahren und gleichzeitig die modernen Anforderungen zu erfüllen.
- städtebauliche, architektonische und landschaftsarchitektonische Wettbewerbe regelmäßig bei der Lösungssuche einsetzen (egal, ob es Ideen- und/oder Realisierungswettbewerbe sind).
- für jeden Stadtteil die wohnortnahen Einkaufsmöglichkeiten, Gaststätten und öffentlichen Begegnungsstätten erfassen und ein Konzept entwickeln, wie Defizite behoben werden können.
- einen Bauplatz für die Europäische Schule finden, was auch knapp jenseits der Stadtgrenze sein kann.
- den baufälligen Paradieshof in Sachsenhausen abreißen und durch ein Gebäude ersetzen, das Wohnungen mit einer kulturellen Nutzung im Erdgeschoss vereint.
- Planungsverfahren, namentlich das Erstellen neuer Bebauungspläne, deutlich beschleunigen, was den Einsatz von privaten Planungsbüros zur Unterstützung der Verwaltung einschließt.
- die Zusammenarbeit zwischen Stadtplanung, Verkehrsplanung und Liegenschaftsamt systematisch verbessern: Alle relevanten Akteure müssen in einem integrierten Ansatz eng zusammenarbeiten.
- bei Planungsprozessen regelmäßig externe Experten einbinden (um innovative und praxisorientierte Lösungen zu fördern) und die Bevölkerung in konkrete Vorhaben besser integrieren.
- dezentrale lokale Bauhöfe schaffen, um die Verwaltung schlanker und effektiver zu machen: Kleine Instandhaltungen, die auch von der Bevölkerung im Quartier angeregt werden, werden vorgezogen.

5. Soziales & Gesundheit

Frankfurt bleibt eine humane Stadt, in der die sozialen Träger eine wichtige Rolle spielen. Zu deren unersetzlichen Aufgaben und ihrer Vielfalt bekennen wir uns. Mit passgenauen, generationenübergreifenden Maßnahmen und klaren Impulsen tragen wir den Bedürfnissen der gesamten Bevölkerung optimal Rechnung – individuell und effektiv.

Daher wollen wir

- Inklusion durch mehr Teilhabe und digitale Hilfsmittel stärken.
- für die bessere Einbeziehung und Beachtung der Belange von Menschen mit Behinderung eine Vollzeitstelle für eine hauptamtliche Kraft bei der Frankfurter Behindertenarbeitsgemeinschaft einrichten.
- eine bedienfreundliche App für mobilitätseingeschränkte Menschen entwickeln, die Orientierung und Zugang zu städtischen Angeboten erleichtert.
- aktive Arbeitsmarktpolitik für Menschen mit Vermittlungshindernissen ausbauen.
- weitere betriebsintegrierte Beschäftigungsplätze bei der Stadt schaffen, um Menschen mit Behinderung den Einstieg in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- das städtische Internetangebot für Menschen mit Behinderung "frankfurt-inklusiv.de" verbessern und immer auf dem aktuellen Stand halten.
- Geschwistern von Kindern mit Behinderung die Teilnahme an städtischen Freizeitangeboten ermöglichen.
- sukzessive alle Spielplätze mit eigenen Toiletten ausstatten bzw. für Mitnutzungsmöglichkeiten von Toiletten im Umfeld sorgen.
- an Spielplätzen ohne natürlichen Baumbestand für schattenspendende Dächer oder Sonnenschirme sorgen.
- innerhalb eines Jahres ein Sonderprogramm für die Erneuerung von Spielgeräten auf Kinderspielplätzen auflegen, denn sichere und attraktive Spielplätze brauchen alle Kinder.
- besondere Spielplätze mit Abenteuer- und Erlebnischarakter und pädagogischer Betreuung fördern.
- den beliebten Palmengartenexpress reaktivieren und als Familienattraktion sichern.
- Vorschulkindern in den Kinderbetreuungseinrichtungen bis zur Einschulung mehr psychosoziale Unterstützung gewähren und die Angebote an den Erziehungsberatungsstellen hierfür ausweiten.
- die Kapazitäten in der psychologischen Betreuung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere im ambulanten Bereich, ausbauen und niedrigschwellige Beratungsangebote für Eltern stärker unterstützen, um Bedarfe früher zu erkennen und zu behandeln.
- Sitzgelegenheiten, Trinkbrunnen, Toiletten und Sportgeräte für Kinder und Jugendliche bei der Neuplanung bzw. Sanierung von Grünanlagen und Spielplätzen regelmäßig beachten.

- die Arbeit der freien Träger der Kinder- und Jugendarbeit weiter unterstützen und möglichst in allen Stadtteilen Jugendhäuser einrichten, die attraktive Angebote mit Öffnungszeiten auch an Wochenenden bieten.
- ein überzeugendes Konzept zur Umsetzung des gesetzlichen Anspruchs auf Altenhilfe erarbeiten.
- ein umfassendes Förderprogramm "Digitaloffensive für Seniorinnen und Senioren" mit niedrighschwelligen Lern- und Schulungsorten in ganz Frankfurt unter Einbindung der Träger auflegen.
- die Vereinsamung insbesondere älterer Menschen als Herausforderung für die gesamte Stadt begreifen und möglichst viele Ideen für eine bedarfsgerechte Seniorenarbeit erproben.
- das Programm „Würde im Alter“ auskömmlich finanzieren, um dem wachsenden Pflegebedarf und gleichzeitig der rasanten Kostensteigerung für ambulante Pflegedienste zu begegnen.
- öffentlich geförderte Wohnungen grundsätzlich seniorengerecht bauen.
- den Service und das Angebot im Rathaus für Senioren fortlaufend überprüfen.
- die Altersdiskriminierung zum regelmäßigen Thema der Antidiskriminierungsstelle der Stadt machen und eine Berichtspflicht hierzu einführen.
- die Senioren-Zeitung der Stadt zu einem echten Dialog- und Partizipationsforum ausbauen, wozu u.a. die Veröffentlichung von Leserzuschriften sowie Informationen rund um das Älterwerden gehören.
- die Stadtteil-Service-Broschüren in ganz Frankfurt etablieren und aktuell halten.
- den Frankfurt-Pass als Unterstützung an Menschen mit einem Einkommen bis zur Armutsgefährdungsschwelle statt an pauschale Gruppen ausgeben.
- soziale Maßnahmen und Angebote auf ihren Nutzen hin bewerten und damit konsequent als Hilfen zur Selbsthilfe bzw. Selbständigkeit gestalten.
- regelmäßig eine integrierte Sozialraumanalyse für alle Stadtteile erstellen und so den graduellen Förder- und Unterstützungsbedarf aufzeigen.
- eine weitere Obdachloseneinrichtung planen und einrichten.
- die Situation bei der Notunterkunft am Eschenheimer Tor unter Berücksichtigung der Anliegen der Anwohner und Fahrgäste verbessern.
- ein Zentrum schaffen, das Drogenkranken hilft und die Chance auf ein neues Leben bietet.
- die Cannabis-Bannmeilen rund um Schulen konsequent absichern und den Konsum von Cannabis auf unseren Volksfesten verbieten.
- den verbotenen Verkauf von Alkohol an Minderjährige durch häufigere Kontrollen und durch vom Präventionsrat zusammen mit der Polizei organisierte Testkäufe erschweren.
- den Verkauf von Lachgas an Minderjährige durch ein kommunales Verkaufsverbot unterbinden.

- die Krankenhäuser und Kliniken in Frankfurt am Main als Teil der bürgernahen Gesundheitsversorgung erhalten, soweit es irgendwie geht.
- das Klinikum Frankfurt-Höchst im kommunalen Varisano-Verbund stärken und erhalten.
- die ausreichende hausärztliche Versorgung in allen Stadtteilen auch als Aufgabe der Stadtpolitik begreifen.
- mehr Hebammen nach Frankfurt bekommen, etwa durch vergünstigten Zugang zu Wohnraum und finanzielle Anreize.
- an allen passenden Orten im öffentlichen Raum automatisierte externe Defibrillatoren anbringen und kenntlich machen, namentlich in den städtischen Sport- und Grünanlagen.
- ein System für öffentlich zugängliche und kostenlose Sonnencreme-Spender entwickeln, das zentrale Orte, Spielplätze, Schulen etc. in den Blick nimmt.
- Präventionsmaßnahmen an Schulen zur Bekämpfung von Gewalt sowie von Sucht- und Rauschmitteln ausbauen.
- Präventionsangebote, insbesondere auch für ältere Männer, wie z.B. „Männerschuppen“ entwickeln, um der hohen Suizidrate entgegenzuwirken.
- Verwaltungsdienstleistungen auch künftig in nicht-digitaler Form anbieten.
- darauf hinwirken, dass in jedem Alten- und Pflegeheim, Altenwohnanlage und Tagestreff jeweils ein kostenfreier WLAN-Zugang eingerichtet wird.

6. Wirtschaft & Digitalisierung

Frankfurt gehört zu den wichtigsten Finanzplätzen der Welt. Als internationales Drehkreuz des Güter- und Personenverkehrs, aber auch Knotenpunkt des Internets ist unsere Stadt ein bevorzugter Standort für Wirtschaft und Arbeitsplätze. Eine prosperierende wirtschaftliche Entwicklung und die nötige Digitalisierung kommen jedoch nicht von selbst, Stadt und Region dürfen den Anschluss nicht verlieren.

Daher wollen wir

- das Gewerbeflächenentwicklungsprogramm endlich umsetzen, neue Gewerbe- und Industrieflächen ausweisen sowie die bisherigen Industrie- und Gewerbegebiete wie z.B. "Samson" und "Binding-Brauerei" als solche erhalten.
- den Masterplan Industrie fortschreiben und v.a. die Industrieparks Höchst und Fechenheim mit ihren Arbeitsplätzen sichern.
- das Stadtentwicklungskonzept in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft rasch umsetzen.
- Handwerkerhöfe, Shared-Office-Räumlichkeiten und temporär zu mietende Besprechungsräume planungsrechtlich möglich machen und bauen, z.B. am Osthafen.

- ein House of Creativity and Innovation für Institutionen der Frankfurter Kultur- und Kreativwirtschaft etablieren.
- in Abstimmung mit dem Finanzplatzkabinett und durch gezielte Investitionen in das Standortmarketing den Finanzplatz Frankfurt weiter stärken, indem neue Finanzmarktakteure, Fachkräfte und Wagniskapital gewonnen werden.
- mit den wesentlichen Vertretern des Finanzplatzes nach dem Prinzip „Business Welcome“ im kontinuierlichen Austausch sein, um insbesondere eine Netzwerk-Plattform zwischen Start-Ups, FinTechs und etablierten Finanzmarktakteuren zu schaffen.
- perspektivisch das Clearing von Euro-Derivaten nach Frankfurt holen.
- den Fachkräftemangel als Querschnittsaufgabe verstehen und angehen, u.a. mit der Sanierung und dem Ausbau von Berufsschulen und Azubi-Wohnungen sowie dem Campus für berufliche Bildung und dem Bildungscampus Unterliederbach.
- die Verbesserung von Ankunft und Aufnahme der dringend benötigten internationalen Fachkräfte als Aufgabe der Stadtpolitik begreifen und dazu „Fast Lanes“ beim „Frankfurt Immigration Office“ (FIO) einrichten sowie auch bürokratische Hürden reduzieren, wo dies durch die Kommune möglich ist.
- die Antragsbearbeitung im FIO beschleunigen: weniger Papier, mehr Tempo – für ein herzliches Willkommen.
- Frankfurt attraktiver für internationale Fachkräfte machen: mit international konkurrenzfähigen mehrsprachigen Kindergarten- und Schulplätzen sowie Gesundheits- und Freizeitangeboten; die Orientierung soll durch eine zentrale Anlaufstelle mit Beratungsangebot für Familien erleichtert werden.
- kulturelle Integrationskurse in einem informellen Setting schaffen, die es Fachkräften und ihren Familien ermöglichen, hier in jeder Hinsicht gut anzukommen, auch bei Behörden und Verwaltung.
- die Stromversorgung für unsere Stadt durch systematischen Ausbau und Verstärkung des Stromnetzes, Modernisierung von Mittel- und Niederspannungsleitungen sowie Bau von neuen Umspannwerken, absichern.
- die digitale Vernetzung im Rahmen eines Smart-City-Konzepts so vorantreiben, dass Energie (und damit Kosten) bei städtischen Dienstleistungen eingespart wird.
- in den städtischen Gebäuden mittels smarter Gebäudetechnik den Energieverbrauch reduzieren.
- die ansässigen Luftverkehrsunternehmen und insbesondere die Drehkreuzfunktion des Frankfurter Flughafens im internationalen Wettbewerb stärken.
- perspektivisch den Sitz von Lufthansa nach Frankfurt holen.
- unsere Stadt als Standort für „Net Zero“ in der Luftfahrt etablieren.
- eine Wasserstoff-Road-Map erstellen, zur Anbindung an die deutschlandweite Wasserstoff-Logistik.
- den Festplatz am Ratsweg sanieren und u.a. für die Dippemess im Frühjahr und Herbst erhalten.

- eine strategische Messepolitik für den Standort betreiben und die IAA nach Frankfurt zurückholen.
- das Kongressgeschäft durch intensive Akquise ausbauen und die geplante Anbindung der Messe mit einer U-Bahn-Station im Europaviertel zügig vorantreiben.
- den Einkaufs- und Kulturtourismus durch eine international konkurrenzfähige Vermarktung Frankfurts, Schaffung klarer Narrative und Hervorhebung der Stärken der Stadt stärken.
- die Schlüsselprojekte des Masterplans Tourismus 2030 u.a. durch Entwicklung neuer Attraktionen und Erlebnisse für Touristen und Einheimische umsetzen.
- einen Markenbildungsprozess anstoßen, um Sichtbarkeit, Wiedererkennungswert und Reichweite, etwa bei Messen oder Veranstaltungen, zu verbessern und die Attraktivität als Wirtschaftsstandort darzustellen.
- mehr Stadtteilaktivitäten zur Förderung der lokalen Wirtschaft, v.a. des Einzelhandels, durchführen und lokale Betriebe bei der Durchführung von Festen und Veranstaltungen bevorzugen.
- perspektivisch eine längere Betriebszeit für Außengastronomie im Sommer ermöglichen - im Einklang mit Anwohnerinteressen.
- die Belange der Wirtschaft im Gesamtkonzept „Verkehrsinfrastruktur und Mobilität“ stärker berücksichtigen, u.a. durch keine weiteren Streichungen von Parkplätzen.
- in Kooperation mit den Frankfurter Gewerbevereinen in einzelnen Straßen kostenloses Kurzzeitparken für schnelle Einkäufe (etwa über die sog. „Brötchentaste“) erproben.
- die Startup-Förderung ausbauen und gezielter unter Einbindung von Universitäten und Fachhochschulen koordinieren, dabei sollen das TechQuartier Frankfurt und die Rhein-Main Startup Factory als Leuchttürme fungieren.
- Plattformen für Projekte und bessere Finanzierung fördern, um führender Innovationsstandort und Digital- und KI-Hub Europas zu werden.
- die Webseiten unserer Stadt optimieren und erneuern, die intuitiv, klar und einladend sein müssen.
- die digitalen Schnittstellen zwischen Verwaltung, Unternehmen und Bürgern in allen Bereichen ausbauen.
- die Künstliche Intelligenz in der Verwaltung nutzen, um Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten.
- die Schulen mit leistungsfähigen digitalen Systemen und Lehrkräfte mit praxisorientierten Werkzeugen ausstatten.
- die Tore zu digitalen Lernwelten öffnen: Mit Apps in Museen und einer Bildungscloud schaffen wir Plattformen, die Wissen greifbar machen – für alle Generationen, von Jung bis Alt.
- die weitere Ansiedlung von Rechenzentren als zentralen Standortfaktor ermöglichen und dafür Verteilnetze bedarfsgerecht ausbauen sowie mindergenutzte Gewerbegebiete ertüchtigen.

- den Ausbau des Glasfasernetzes beschleunigen, um das Nervensystem unserer Stadt zu stärken.
- Open Data und Open Source fördern, damit jede Idee wachsen kann: Transparenz und Innovation blühen dort, wo Daten wie Samen gesät werden.
- ein leistungsfähiges, zentrales und bundesweit bedeutendes Drohnen-Cluster aufbauen, das Frankfurt als Innovationszentrum für Drohnentechnologie und -anwendungen positioniert.

7. Klimaschutz & Umwelt

Frankfurt ist darauf angewiesen, den Herausforderungen durch den Klimawandel mit wirksamen und klugen Maßnahmen zu begegnen. Ob Hochwasser, Starkregen oder Hitze, die Stadt muss im besten Sinn „zukunftsfest“ gemacht werden, damit die Bürgerinnen und Bürger auch morgen noch in einer lebenswerten Metropole aufwachen. Ideologische Debatten über Klimaneutralität im Jahr 2035 oder 2040 helfen nicht weiter, es geht allein um planvolle Schritte zu wachsendem Klimaschutz und Nachhaltigkeit.

Daher wollen wir

- das Prinzip der Schwammstadt flächendeckend umsetzen, indem Regenwasser vorrangig versickert, zurückgehalten und genutzt wird (z.B. durch Zisternen) – sowohl in neuen Quartieren als auch bei der Sanierung bestehender Straßen und Plätze.
- den Schutz vor Starkregen und Hochwasser durch zusätzliche Retentionsflächen im Stadtgebiet und an den Oberläufen der Gewässer deutlich verbessern.
- ein Förderprogramm zum technischen Überflutungsschutz von Immobilien auflegen.
- gezielt auf Hitzewellen reagieren, indem wir öffentliche Wasserspender, mobile Sprühnebelssysteme und schattige Abkühlzonen in besonders betroffenen Stadtbereichen schaffen.
- stillgelegte Wasserwerke reaktivieren und geschlossene Kreislaufsysteme implementieren, um bei der Wasserversorgung unabhängiger zu werden.
- ein umfassendes Präventivkonzept für Extremwetterereignisse erstellen, das auch die bereits bestehenden Schutzeinrichtungen analysiert.
- ein zukunftsorientiertes kühlendes Mikroklima schaffen, wie z.B. durch die Berücksichtigung bei baulichen Nachverdichtungen und der Vermeidung von Bodenversiegelungen.
- bauliche Verdichtungen und weitere Bodenversiegelung von einem adäquaten Ausgleich durch Freiräume und grüne Inseln abhängig machen, die zu einem guten Stadtklima sowie zur Biodiversität beitragen.
- ein Monitoring-System für die Biodiversität und daraus ein Konzept zu deren Stärkung entwickeln.

- für eine Reihe zu definierender Tierarten einen jährlichen Zielwert für die Einrichtung von Brut- und Nistplätzen festlegen, die in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung errichtet und betreut werden.
- über Modellprojekte Anreize für Unternehmen setzen, auf ihrem Firmengelände etwas für die Biodiversität zu tun (Dachbegrünung, ungenutzte Flächen, insektenfreundliche Beleuchtung etc.).
- Flächen im Frankfurter Stadtwald als Biosphärengebiete ausweisen und ganz der Natur überlassen.
- Initiativen für Biodiversität durch regionale Akteure vorantreiben.
- Flusswärmepumpen zur Wärmeherzeugung für das städtische Fernwärmenetz nutzen.
- ein stadtweites Netz für Fern- und Nahwärme, hilfsweise dezentrale – möglichst regenerative – Wärmelösungen, inklusive Wärmespeicher, etablieren.
- die Abwärme bestehender Rechenzentren durch eine bessere Zusammenarbeit aller Akteure stärker nutzen, bei neuen Anlagen soll die Nutzung für Fern- oder Nahwärme die Regel sein.
- die Kommunale Wärmeplanung schnell fertigstellen, damit die Menschen Planungssicherheit haben, welche Arten der Energieversorgung künftig in den Stadtteilen verfügbar sein werden.
- Akkus von Elektrobussen nach Ablauf ihrer Nutzungsdauer im Straßenverkehr im Zuge der Kreislaufwirtschaft mit ihrer Restkapazität als Stromspeicher in städtischen Gebäuden weiternutzen.
- alle Busse im öffentlichen Nahverkehr und die kommunalen Fahrzeuge (inkl. Unternehmen mit kommunaler Anteilsmehrheit) perspektivisch mit CO₂-freiem Antrieb ausstatten.
- die städtischen Gebäude schneller und transparenter energetisch modernisieren, wozu auch die vollständige Ausstattung mit Photovoltaik-Anlagen und ggfs. Stromspeicher gehört.
- das geothermische Potential unserer Stadt heben.
- die Nutzung von Photovoltaik auf geeigneten Flächen unterstützen
- Kleingartenanlagen fördern, sichern und neu ausweisen.
- für jedes neugeborene Kind einen Baum pflanzen.
- das Programm "Nachbarschaftsbäume" fortschreiben.
- den Hauptfriedhof sowie die Stadtteolfriedhöfe als Orte würdiger Bestattungskultur erhalten.
- vorhandene öffentliche Grünflächen besser und konsequenter pflegen.
- die Streuobstwiesen auf Frankfurter Gemarkung erhalten, ausbauen und, sofern in städtischem Besitz, fachgerecht pflegen.

8. Bürger, Ehrenamt & Vereine

Frankfurt lebt vom Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger. Gerade die Ehrenamtlichen leisten wertvolle Arbeit, die wir mit Respekt anerkennen und fördern. Die dadurch getragenen dezentralen Angebote stärken den Zusammenhalt in den Stadtteilen. Ob Sport, Internationales oder Kultur: Vereine wissen am besten, was vor Ort gebraucht wird. Wir setzen uns für die Unterstützung ihrer Arbeit sowie eine Stärkung der Ortsbeiräte ein, damit bürgerschaftliches Engagement noch besser wirken kann.

Daher wollen wir

- die Ideenplattform für die Einwohner auf www.ffm.de ausbauen, weiterentwickeln und besser bewerben.
- bestehende und neue Formate der Bürgerbeteiligung besser nutzen und bekannter machen.
- interessierte Einwohner perspektivisch mit einer bestimmten Tranche als Kleinstanleger an den als Aktiengesellschaften bestehenden öffentlichen Unternehmen von Stadt und Region beteiligen.
- bei der städtischen Ehrenamtskarte den Katalog der Vergünstigungen bzw. Leistungen erweitern.
- die Römerplakette um eine vierte Stufe („Platin“) erweitern zur Würdigung von über 25 Jahren ehrenamtlicher Tätigkeit und dies in der städtischen Ehrungsordnung verankern.
- eine Auszeichnung für Unternehmen einführen, die ehrenamtliches Engagement bei den Mitarbeitern fördern.
- die großen Feste, Fastnachtzüge, Stadtteil- und Vereinsfeste stärker finanziell unterstützen, indem die deutlich gestiegenen Kosten für Sicherheit und Terrorabwehr von vornherein durch die Stadt übernommen werden.
- die Organisation von Veranstaltungen erleichtern, von deren Beantragung bis zum Bewerben im öffentlichen Raum.
- rechtzeitig beantragte Veranstaltungen ab einem gewissen Zeitpunkt als genehmigt behandeln, wenn und solange sich die Genehmigungsbehörde nicht anders geäußert hat (Genehmigungsfiktion).
- eine zentrale hauptamtliche Stelle einrichten, die bei allen Fragen rund um Ehrenamt und Vereine berät (Genehmigungen, Förderanträge, Sicherheitskonzepte etc.).
- die SAALBAU Betriebsgesellschaft als wichtige Einrichtung für die Vermietung von Räumlichkeiten an die Frankfurter Vereine stärken und unterstützen.
- ein zeitgemäßes und benutzerfreundliches elektronisches Buchungssystem bei der SAALBAU Betriebsgesellschaft einrichten.
- den Pro-Kopf-Zuschuss nach den Sportförderrichtlinien für jedes jugendliche Mitglied eines Sportvereins erhöhen.

- die Sportstättenvergabe des Sportamts digitalisieren, um die Serviceleistung für die Vereine zu verbessern.
- den Vereinen mit eigenen Sportanlagen beim Energiesparen helfen, indem ihnen hierzu eine konkrete Beratung angeboten und zudem die Sportförderrichtlinien angepasst werden.
- die Rechte der Ortsbeiräte als bürgernahe Instanzen der Information und Anhörung durch den Magistrat und die Verwaltung wahren, Fristen einhalten und zugesagte Beschlüsse zeitnah umsetzen.
- das Ortsbeiratsbudget wieder auf einen Euro pro Einwohner anheben, um den Ortsbeiräten größere Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen.
- die Geschichtsvereine in den Stadtteilen, die das kulturelle Erbe bewahren, besser unterstützen.
- Beträge oder prozentuale Anteile in den Haushalt einstellen, um eine ausreichende finanzielle Ausstattung für eine erweiterte Öffentlichkeitsbeteiligung sicherzustellen.
- ein Jugendparlament einrichten, das alle Jugendlichen vertritt und von allen Jugendlichen gewählt wird; dafür setzen wir auf dem Konzept „jugendmachtfrankfurt“ auf, das Ende 2023 vorgestellt wurde.
- in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ein Pilotprojekt zur kommunalpolitischen Bildung von Erstwählern an weiterführenden Schulen in Frankfurt entwickeln.

9. Kultur & Sport

Frankfurt verfügt über eine breit gefächerte Kulturlandschaft, die weit über seine Grenzen hinaus erstrahlt: Künstler wie Besucher finden den Weg hierher von nah und fern. Ebenso hat sich Frankfurt als national wie international beachtete Sportstadt etabliert. Diese Leuchtturm-Positionen möchten wir erhalten und ausbauen. Hierbei sehen wir es als hohes Gut an, dass in beiden Bereichen viele örtliche, bürgernahe Aktivitäten in unserer Stadt existieren, neben Hochkultur und Spitzensport.

Daher wollen wir

- für die Städtischen Bühnen mit der „Kulturmeile“ eine anspruchsvolle und diesen Institutionen angemessene Zukunftslösung verwirklichen, was eine solide und innovative Finanzierung einschließt.
- den Willy-Brandt-Platz als ansprechendes Entree für das neue Operngebäude umgestalten und dazu einen Architektenwettbewerb ausloben.
- bei den Städtischen Bühnen eine dauerhafte finanzielle Beteiligung des Landes Hessen erreichen.
- die freien Theater und Privattheater, die gerade in den Stadtteilen eine wichtige Rolle spielen, durch angemessene Zuschüsse stärker fördern.

- die Paulskirche angemessen sanieren und durch ein neues Haus der Demokratie ergänzen.
- den Kulturcampus auf dem alten Unigelände in Bockenheim umsetzen und dabei das Juridicum durch einen Neubau ersetzen.
- im Zuge der Sanierung und Neukonzeption des Bolongaro-Palasts ein überzeugendes Konzept zur Nachnutzung für das "Kronberger Haus" aufstellen.
- eine dauerhafte kulturelle Nutzung des Gewölbekellers „Goldener Apfel“ in der ehemaligen Judengasse sicherstellen.
- das neue Senckenberg Naturmuseum Frankfurt ebenso wie das Frankfurt Conservation Center, eine gemeinsame Einrichtung von Senckenberg, der Zoologischen Gesellschaft und der Goethe-Universität, langfristig unterstützen.
- den Beitrag zum Erhalt und Betrieb des Städel Museums erhöhen, das als Bürgermuseum für Frankfurts beste Traditionen steht und als Leuchtturm zugleich von internationaler Strahlkraft ist.
- den Beitrag für das Literaturhaus erhöhen, damit dies seine überaus qualitätvollen Angebote auch in Zukunft in bisherigem Umfang fortführen kann.
- das Archäologische Museum für die Zugänglichkeit der Dependancen „Kaiserpfalz Franconofurd“, „Kasematten“ und „NIDA-Heddernheim“ personell besser ausstatten.
- das dringend erforderliche Zentraldepot für die Frankfurter Museen errichten und hierzu das Konzept von 2014 in eine konkrete Planung überführen.
- gemeinsam mit den Museen prüfen, ob die aktuellen Sicherheitskonzepte zum Schutz der ausgestellten Kunstwerke und Exponate ausreichend sind.
- den Tag der Deutschen Einheit in unserer Stadt angemessen begehen, namentlich durch Bürgerfeste und die vermehrte Ansprache junger Menschen mittels stadtweiter Angebote.
- den Nationalen Veteranentag in Deutschland zur Würdigung von Soldatinnen und Soldaten am 15. Juni angemessen in Frankfurt öffentlich begehen.
- das Engagement für die bestehenden Städtepartnerschaften Frankfurts erhöhen.
- Gedenkstätten stärker fördern und als wichtige Säule der politischen Bildung auch in der Zusammenarbeit mit den Schulen hervorheben.
- die bereits beschlossene Neugestaltung des Ettinghausen-Platzes in Höchst vorantreiben.
- die Rekonstruktion des "Langen Franz" durch die städtische Kofinanzierung ermöglichen und damit auch das bürgerschaftliche Engagement zu dessen Wiederherstellung anerkennen.
- Gespräche mit dem Frankfurter Kultur Komitee e.V. darüber führen, ob die von Ottmar Hörl dem Verein geschenkte Euro-Skulptur in den Besitz der Stadt übergehen kann.
- für Empfänger städtischer Zuschüsse mit der Unterschrift auf dem Antragsformular ein klares Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und dem darin enthaltenen Wertesystem verbinden.

- die Frankfurter Clubkultur erhalten und fördern, um weiterhin auch nachts ein breites kulturelles Angebot sicherzustellen und touristische Potentiale zu nutzen.
- die Multifunktionshalle für bis zu 15.000 Zuschauer als zusätzlichen, aber notwendigen Ort für zentrale Ereignisse aus Sport und Kultur auf dem Parkplatz P9 am Stadion realisieren.
- Außensportanlagen ausbauen und neue Schulturnhallen möglichst als 3-Feld-Halle planen, um auch den Vereinssport zu fördern.
- bestehende dezentrale Sport- und Bewegungsmöglichkeiten (wie Streetball-/Volleyball-Courts, Parks für Calisthenics oder DiscGolf, Fitness-Anlagen, Parcours und Skateparks) erhalten und weiterentwickeln.
- Nachtsportangebote ausbauen – entweder durch Bereitstellung und ökosensible Beleuchtung geeigneter Flächen oder durch entsprechende Förderung von Vereinen.
- ein Programm "Stadt in Bewegung" auflegen, das stadtteilbezogen neue attraktive Sport- und Bewegungsflächen für alle wohnortnah im öffentlichen Raum schafft, vorzugsweise in Grünanlagen.
- für mehr Leichtathletik-Angebote die Sportanlage Hahnstraße erweitern und modernisieren sowie die Leichtathletikhalle im Sport- und Freizeitzentrum Kalbach ertüchtigen.
- für die Vergabe von Wasserflächen in den Schwimmbädern zusätzliche Kapazitäten bei den Bäderbetrieben schaffen.
- die Sanierung der Schulschwimmbäder abschließen und diese für Vereine und Schwimmkurse öffnen.
- in der Satzung für unsere Sportplätze Platz- und Betretungsverbote so regeln, dass bei signifikanten Verstößen gegen das faire Miteinander und insbesondere Gewalt richtig reagiert werden kann.
- unter dem Stichwort „Fitness für Senioren/Sport im Alter“ regelmäßig eine Broschüre herausgeben und diese online auf www.frankfurt.de zur Verfügung stellen, worin alle Angebote in den Stadtteilen aufgeführt und eine zentrale Informationsstelle benannt werden.
- Neubauten von Sporthallen und Schulsportshallen künftig nur noch mit in der Höhe verstellbaren Basketballkörben ausstatten sowie in Bestandsbauten defekte Körbe entsprechend ersetzen.
- die Voraussetzungen für eine digitale Sportstättenvergabe schaffen.
- die bestehenden Mietzuschüsse bei Frankfurter Museen, Vereinen und Einrichtungen anpassen.
- die Initiative des DOSB, Olympische Spiele nach Deutschland zu holen, gemeinsam mit der Rhein-Main-Region aktiv unterstützen.
- die Stadt Frankfurt als Ausrichtungsort für sportliche Großveranstaltungen sichern und noch attraktiver machen.

10. Diversität, Integration & Gleichstellung

Frankfurt zeichnet sich durch die Vielfalt der hier lebenden Menschen aus: Die verschiedenen Kulturen und deren spezifisches Wissen bereichern unsere Stadt. Umgekehrt dürfen Herkunft, Religion, Geschlecht und sexuelle Identität keine Gründe für Diskriminierung sein. Vielmehr geht es darum, echte Chancengerechtigkeit herbeizuführen, was Familienfreundlichkeit und Gleichstellung einschließt. Mit einer klaren Wertebasis und dem Blick auf Potenziale stärken wir außerdem den Zusammenhalt.

Daher wollen wir

- bewusst und aktiv mit den vielfältigen Communities in Frankfurt arbeiten, um eine inklusive und innovative Stadtgesellschaft zu gestalten.
- die Kompetenzen unserer vielfältigen Stadtgesellschaft aktiv in die Prozesse der Stadtplanung einbinden, was die Identifikation mit der Stadt und das soziale Gefüge stärkt.
- frühzeitig auch Sanktionsmöglichkeiten anwenden, wenn gebotene Integrationsbemühungen durch Zuwanderer dauerhaft verweigert werden.
- uns konsequent gegen Antisemitismus einsetzen: Jüdisches Leben gehört zu Frankfurt und muss sichtbar, sicher und selbstbestimmt überall in der Stadt möglich sein.
- den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen und Männern nach der Familienphase erleichtern.
- den Ausbau flexibler Arbeitszeitmodelle unterstützen.
- beim Neubau öffentlicher Toiletten einen separaten Kabinenraum für Frauen gewährleisten.
- eine bessere Beleuchtung von Parkanlagen und Unterführungen, um Angsträume – gerade für Frauen – zu verhindern.
- die Plätze in den Frankfurter Frauenhäusern erhöhen und die Anmietung von Wohnungen mit Notbetten für junge volljährige Frauen weiter fördern.
- uns bei der ABG Frankfurt Holding dafür einsetzen, dass Frauen nach der Zeit im Frauenhaus schnell und priorisiert eigenen Wohnraum finden, um sich wieder ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen.
- betroffenen Frauen den Ausstieg aus der Prostitution erleichtern und das Konzept von Ausstiegswohnungen für Prostituierte vorantreiben.
- den Schutz von Mädchen und Frauen sowie den Kampf gegen häusliche Gewalt zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe machen und in der Stadtpolitik fest verankern.
- zur Bekämpfung der zunehmenden Gewalt gegen Frauen ein „Zentrum für Schutz und Hilfe bei häuslicher Gewalt für Frauen und Kinder“ etablieren.
- Selbstverteidigungskursen für Frauen auf kommunaler Ebene unterstützen und ausbauen.
- Frauen verstärkt zur Übernahme von Ämtern bewegen und Mentorinnen-Netzwerke fördern.

- Initiativen fördern, die Frauen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern, etwa über berufliche Qualifizierungen und Sprachkurse.
- Integrations- und Sprachkurse mit Kinderbetreuung anbieten, um allen Frauen eine Teilnahme zu ermöglichen.
- die Sicherheit von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten, Intergeschlechtlichen und Queeren verbessern, und zwar über das "Bermudadreieck" (Schäfergasse, Alte Gasse, Bleichstraße) hinaus, dabei sehen wir Polizei und Ordnungskräfte als Partner der LSBTIQ-Community.
- die queeren Strukturen in der Stadt unterstützen, dazu zählen wir die etablierten Vereine und Organisationen wie z.B. die Aidshilfe, das Switchboard sowie den CSD Frankfurt e.V.
- den Aktionsplan Akzeptanz und Vielfalt in Frankfurt umsetzen.
- Bars, Cafés und andere Lokale der queeren Community erhalten und Projekte mit LSBTIQ-Akteuren fördern.
- den Frankfurter Christopher-Street-Day als gesellschaftliche Institution unserer Stadt weiter stärken.
- bei der Würdigung bzw. Förderung der religiösen Vielfalt in unserer Stadt transparent und nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung vorgehen, z.B. der Abbildung religiöser Feste im öffentlichen Raum.
- Sensibilisierungs- und Informationsprogramme in den Schulen fördern, die auf ein ideologiefreies, menschenfreundliches und toleranzsensibles Leben vorbereiten sollen.
- Demokratiebildung sowie politische Aufklärung an den Schulen stärken und den Lehrkräften systematisch professionelle Partner zur Konfliktlösung an die Seite stellen.

11. Finanzen & Controlling

Frankfurt muss mit dem Steuergeld der Menschen verantwortungsbewusst umgehen. Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit bedeuten hier, neue Schulden möglichst zu vermeiden und alte Schulden abzutragen. Das gilt umso mehr, als die Einnahmen unserer Stadt im Vergleich zu vielen anderen Gemeinden nach wie vor viele Leistungen zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen. Für die Verwendung von Zuschüssen muss die öffentliche Hand ein wirksames Controlling sicherstellen.

Daher wollen wir

- den Hebesatz für die Grundsteuer B von derzeit 854,69 % wieder senken, um damit die erheblichen Wohnungskosten der Einwohner zu reduzieren.
- den derzeit gültigen Gewerbesteuerhebesatz beibehalten.
- die Gewerbesteuereinnahmen mit dem Ziel einer Senkung des Hebesatzes jährlich überprüfen.

- einen Schuldendeckel bei 5 Milliarden € einführen, einen Abbaupfad bei der städtischen Verschuldung einschlagen und in guten Jahren Rücklagen bilden.
- eine Nachhaltigkeitssatzung für die städtischen Finanzen mit verpflichtendem Ergebnisausgleich als doppischer Schuldenbremse einführen.
- zukünftig bei Investitionen nicht nur die Planungsmittel, sondern auch die voraussichtlichen Gesamtkosten sowie für grundsätzlich beschlossene Großprojekte Kostenschätzungen angeben.
- die Anzahl der Aufsichtsratsmandate bei städtischen Gesellschaften je Person auf maximal zehn begrenzen. Das soll auch für die Oberbürgermeisterin bzw. den Oberbürgermeister gelten.
- Hochglanzbroschüren einzelner Ämter zur Selbstdarstellung abschaffen.
- zum 30.06. jeden Jahres einen Leerstandsbericht zu Liegenschaften vorlegen, die im Eigentum der Stadt oder von Gesellschaften stehen, an denen die Stadt eine Mehrheitsbeteiligung hält.
- eine öffentlich zugängliche Datenbank einrichten, welche die nach Frankfurt eingeworbenen Fördermittel aufzeigt und sowohl nach Quelle als auch Empfänger sortierbar ist.
- im Stadtparlament jährlich einen Bericht über die Vergabe von Gutachten, Untersuchungen und Kommunikationsleistungen bis zu einem Auftragswert von 10.000 € vorlegen.
- bei Zuwendungsempfängern, die ihren Jahresabschluss durch einen Wirtschaftsprüfer testen lassen müssen, dessen Prüfung auch auf die ordnungsgemäße Zuschussverwendung zu erstrecken.

Herausgeber

CDU-Kreisgeschäftsstelle Frankfurt am Main
Kurt-Schumacher-Straße 30-32 | 60313 Frankfurt am Main
Telefon 069 - 1530990 | www.cduffm.de/kontakt/

